

4. Thema „LEBENSUMFELD“

1. Mehr politische Aufklärung für Jugendliche, mehr Podiumsdiskussionen (Eva Schneider)

Gerade jetzt vor der Wahl werden Jugendliche oftmals von Werbungen beeinflusst. Viele wissen aber nicht, wofür sich die verschiedenen Parteien einsetzen.

Deshalb wollen wir, dass Jugendliche besser über Politik Bescheid wissen, da das Alter der Wähler und Wählerinnen auf 16 Jahre gesenkt wurde. Wir wünschen uns, dass der Landtag in einer Resolution die Bundesregierung auffordert, dass ein Pflichtfach „Politische Bildung“ – beginnend mit der 8. Schulstufe – eingeführt wird. So haben auch Lehrlinge die Möglichkeit, etwas über Politik zu erfahren. Es soll darauf geachtet werden, dass dieses Fach überparteilich und unparteiisch unterrichtet wird.

Mehrmals jährlich sollen zu diesem Zweck auch Podiumsdiskussionen an verschiedenen Schulen durchgeführt werden, bei denen Vertreter und Vertreterinnen der Parteien kommen und den Schülern und Schülerinnen ihre Fragen zu aktuellen Themen beantworten.

Pichler: Geschichte und Politische Bildung sollten nicht gemeinsam unterrichtet werden

Hofmeister: aktuelle Tagespolitik ist nicht das Thema

Schardt: Politische Bildung ist geschichtsbetont

Miklavcic: unterschiedlich gute Umsetzung, Einfluss auf Teilnahme an der Wahl

Schattleitner: auch an Hauptschulen

Pronegg: unterschiedliche Lehrpläne an den Schulen

Maier: wie Vorredner/innen

Wallner: Wählen mit 16 hat politisches Interesse gesteigert

Wartegger: geringes Wissen

Götschl: wie Wartegger

LTAbg. Gödl: steht voll hinter der Forderung

LTAbg. Zitz: weitergehend als nur eine Auseinandersetzung mit dem Parteiensystem; Rückmeldungen sind wichtig; Politische Bildung muss auch wichtige geschichtliche Ereignisse beinhalten (z.B. Faschismus)

LTAbg. Klimt-Weithaler: Podiumsdiskussionen auf Augenhöhe

LTAbg. Zelisko: Forderung wird voll unterstützt;

LTAbg. Böhmer: übergreifendes Kurssystem für Politische Bildung; darf nicht LehrerInnen-abhängig sein

2. Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes (Norbert Koch)

Da viele Schüler und Schülerinnen aus kleineren Orten kommen, ist es sinnvoll, dass öffentliche Verkehrsmittel (vor allem Busse) auch in entlegene Orte (z.B. im Ennstal) stündlich fahren.

Außerdem erhöhen Nachtbusse vor diversen Diskotheken, Clubs und Bars zwischen 20 und 5 Uhr, die mindestens stündlich fahren, die Verkehrssicherheit.

Es ist auch billiger als das Taxifahren. Bei der Fahrplanerstellung ist auf die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes zu achten. Hierbei sind betroffene Jugendliche der jeweiligen Region miteinzubeziehen, um eine adäquate und praxisbezogene Lösung zu finden.

LTAbg. Böhmer: Anbindung aller Orte wird nicht möglich sein, vielleicht sind Sammeltaxis durch Zusammenschlüsse die Lösung

LTAbg. Ederer: Kostenfrage; Schaffung von Mitfahrbörsen; weiterer Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes,

Miklavcic: zu lange Wartezeiten bei öffentlichen Verkehrsmittel, z.B. nach Schule

LTAbg. Ederer: individuelle Lösungen für die kleinen Regionen

LTAbg. Zelisko: bei Gemeindeverantwortlichen für Nachtbusse einsetzen

3. Kostenlose öffentliche Verkehrsmittel (Maria Marchel)

Als Anreizsetzung für eine Höherqualifizierung von vor allem jungen Menschen, erachten wir es als ein adäquates Mittel, die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos anzubieten, um somit eine finanzielle Entlastung für Menschen in Ausbildung zu erreichen. Die Zielgruppe sind Schüler und Schülerinnen, Lehrlinge und Studenten und Studentinnen, wobei bei letzteren dieses Angebot an die Kriterien des Universitätsgesetzes 2002 (Paragraph 92, Abs.1) zu knüpfen ist.

Weiters ist für junge Menschen Mobilität ein unabdingbarer Faktor ihrer Lebensgestaltung, wobei bei oben genanntem Vorschlag der öffentliche Verkehr eine wirkliche Alternative zum Auto darstellen würde.

Lechner: Verantwortung für Jugendliche übernehmen, auf die Zukunft gesehen

4. Günstige Wohnungen in Bildungsballungszentren (Stefan Jeitler)

Eine große soziale Barriere, vor allem finanzieller Natur für Schüler und Schülerinnen und Studenten und Studentinnen, die in ländlichen und vor allem in exponierten Lagen wohnen, zeigt sich vor allem in der zu geringen Anzahl an günstigen Wohnmöglichkeiten in Bildungsballungszentren (nicht nur in Städten).

Hier sind auch die Standorte von Bildungsanstalten geringeren Vorkommens z.B. spezielle Fachschulen zu berücksichtigen.

Es sollen - um allen jungen Menschen ein annähernd gleicher Zugang zu allen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen - mehr sozial gerechte und günstige Wohnmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Koch: Förderungen für Studenten (Wohnung)

LTAbg. Ederer: Aufbringung der Finanzmittel für den Wohnbau: Weg muss gefunden werden

LTAbg. Zitz: gutes Wohnangebot für alle; politisches Auftreten gegen Ausbeuten von Studierenden

LTAbg. Klimt-Weithaler: breitere Sicht der These; Gegen Verkauf von Wohnungen im öffentlichen Eigentum